

Grenzen überwinden, Freiräume schaffen

von Matthias Kleiner

Drei neue Gesteinsplaneten in unserer Galaxie – sogenannte „Super-Erden“. Das ist die jüngste Entdeckung der Wissenschaftlerteams um die Astronomen Michel Mayor und Stéphane Udry an der Universität Genf. Die Super-Erden haben die bis zu zehnfache Masse unserer Erde und umkreisen einen sonnenähnlichen Stern, der von uns 42 Lichtjahre, das sind 400 Billionen Kilometer oder $4 \cdot 10^{17}$ m, entfernt ist!

Wissenschaft – das war im Kern schon immer das Entdecken neuer Welten und ist es bis heute. Nicht nur das Entdecken von fernen Sternen und unzugänglichen Welten, sondern auch das Entdecken von neuem Wissen sowie von nahen, aber nicht sichtbaren Welten.

Denn manchmal sind es winzige Universen, die noch zu erforschen sind, wie etwa Objekte auf der Nano-Skala eines Milliardstel Meters: So gelang es dem Experimentalphysiker Leonhard Grill hier von der Freien Universität Berlin, ein 0,8 Nanometer kleines Rädchen aus wenigen Atomen aufzubauen und über eine Kupferoberfläche zu rollen. 0,8 Nanometer, das sind $8 \cdot 10^{-10}$ m! Die Ergebnisse aus dieser Grundlagenforschung sind langfristig von größtem Interesse für elektronische Schaltkreise oder Sensoren auf der atomaren Skala.

Doch bis dahin ist es sicherlich noch ein weiter Weg. Um ihn durchzuhalten, braucht man eine Vision. Ein japanisches Sprichwort besagt: „Eine Vision ohne Handeln ist nur ein Traum. Handeln ohne Vision ist ein Albtraum.“

Jede Vision der Forschung aber stößt erst einmal an Grenzen. Der Physiker Leonhard Grill arbeitet beispielsweise eng mit dem Chemiker Stefan Hecht von der Humboldt-Universität Berlin zusammen. Denn erfolgreiche Wissenschaft überwindet selbstverständlich Grenzen des Faches und der Institution. Doch wie gut und wie einfach geht das?

Man stößt immer noch bei internationalen Kooperationen an die tatsächlichen Grenzen, die Staatsgrenzen, aber auch an rechtliche Grenzen auf Länder- oder Bundesebene und manchmal auch auf administrative Hürden innerhalb einer Institution. Ich denke da natürlich an den Themenkomplex „Wissenschaftsfreiheit“, für den sich die Bundesforschungsministerin Dr. Schavan so nachdrücklich und erfolgreich einsetzt.

Doch die schweren Hemmnisse sind oft auch die Grenzen, die wir uns selbst gesteckt haben. Deshalb ist es wichtig, diese Grenzen, in denen sich das Denken bewegt, immer wieder zu erweitern, indem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht nur fragen: „Was ist der Mensch?“, sondern auch: „Was könnte er sein?“ Das heißt auch: „Was könnte der Mensch für möglich halten, welche Naturgesetze, wel-

In diesem Exkurs dokumentieren wir die von DFG-Präsident Professor Matthias Kleiner anlässlich der Jahresversammlung am 2. Juli 2008 in Berlin gehaltene Ansprache.

che Prinzipien, welche Welten – gedankliche oder reale – könnte er noch erforschen und entdecken?“ Und als Segler halte ich mich dabei gern an das Motto von André Gide, der einmal sagte: „Wir können keine neuen Kontinente entdecken, solange wir nicht den Mut besitzen, die Küste aus den Augen zu verlieren.“

Und gilt das nicht erst recht für eine Organisation wie die DFG, die – so unsere Satzung – „der Wissenschaft in allen ihren Zweigen“ dient? Als Selbstverwaltungsinstitution der Wissenschaft in Deutschland, als Gemeinschaft der Forschenden nimmt die DFG die Impulse aus unserer Basis auf. Daran richtet sie ihr Förderhandeln und ihre Strategie aus. Aus den vielen Themen, von dem, was wir dort hören und wahrnehmen, möchte ich nur zwei Punkte herausgreifen, die uns besonders beschäftigen und in Zukunft weiter beschäftigen werden: Da ist zunächst der Ruf nach einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit in Europa: Einer weitergehenden Vernetzung der Wissenschaften und Mobilität von Forschern. Dieser Ruf aus der wissenschaftlichen Gemeinschaft wird immer lauter. Wie können wir ihm gerecht werden? Dann ist da die Frage, wie wir die immer noch bestehenden Grenzen der Gleichstellung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern überwinden können: Wie können wir mehr Frauen für die Wissenschaft gewinnen? Wie verhindern, dass so viele hoch qualifizierte Forscherinnen aus einer Karriereperspektive aussteigen?

Grenzen überwinden – den Europäischen Forschungsraum gestalten. Kant hat mit seinem Werk „Kritik der reinen Vernunft“ im Jahr 1781 die moderne Philosophie begründet – ohne je aus Königsberg herausgekommen zu sein. Doch die Zeiten, in denen Forscherinnen und Forscher weltweit anerkannte Entdeckungen machen, ohne jemals im Ausland gewesen zu sein, sind längst vorbei. In vielen Forschungsfeldern müssen sich spezialisierte Wissenschaftler aus ganz Europa zusammenschließen, um in der internationalen Spitzenforschung mitzuhalten.

Eine stärkere Vernetzung der Wissenschaften und der Forscher untereinander ist zukunftsweisend und unverzichtbar

Um dies zu ermöglichen und die Vision einer European Research Area zu verwirklichen, arbeitet die DFG an der Ausgestaltung der multilateralen Forschungsförderung. Sie kooperiert dabei eng und intensiv mit ihren Partnerorganisationen in ganz Europa: so zum Beispiel mit ANR, CNRS, INSERM in Frankreich oder mit den britischen Research Councils oder mit der niederländischen NWO oder dem Schweizer Nationalfonds oder dem österreichischen Wissenschaftsfonds FWF. Und die DFG verbindet die europäischen Geistes- und Sozialwissenschaften oder wirkt in ERA-Nets mit, wie dem sehr erfolgreichen ERA-Net in der Chemie, in dem sie die Federführung hat.

Der transnationale Forschungsverbund ERA-Net Nano-Science ist ein weiteres Beispiel: Durch die Beteiligung von 18 Organisationen aus 12 Ländern kommt hier die kritische Masse an Forschungsgeldern und europäischer Expertise zusammen, um mit den national hoch geförderten Partnerprojekten aus den USA und Japan auf Augenhöhe zu kooperieren.

Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung – dieses Ziel hat auch Eingang in die Wissenschaftspolitik gefunden. Die Bundesforschungsministerin bringt eine mit Recht viel beachtete Internationalisierungsstrategie ins Bundeskabinett ein, die National Science Foundation der USA ringt intern um eine eigene Strategie, und die japanische Regierung investiert viel Geld, um Internationalisierungsbüros an ihren Universitäten zu erproben.

Auch in Europa tut sich einiges, wie so häufig auch parallel: Während auf der Ebene der nationalen Regierungen um Prinzipien und um eine Verfassung gerungen wird, nimmt die Zusammenarbeit auf den Ebenen darunter bereits ihren vertrauten Verlauf. Es sind nicht immer einfache Abstimmungsprozesse, aber am Ende gibt es immer auch Ergebnisse. Die gemeinsame Forschungsförderung hat auf europäischer Ebene eine lange Tradition. Bereits die Europä-

ische Gemeinschaft für Kohle und Stahl hatte sich dieses Ziel gesetzt. Der europäische Wirtschaftsraum soll gestärkt werden, damit sich die Lebensbedingungen in Europa verbessern. Die von Brüssel – und damit von allen europäischen Mitgliedstaaten – bestimmte Forschungsförderungspolitik konzentriert sich von daher vor allem auf zentral steuernde, problemlösungsorientierte Maßnahmen.

Darüber hinaus haben Forscherinnen und Forscher in Europa den Anspruch, ohne Grenzen kooperieren zu können. Die Bedürfnisse der Forscher müssen – und das wird von der Politik auch anerkannt – die Basis für unsere europäische Wissensgesellschaft sein.

Mit der Einrichtung des Europäischen Forschungsrats, des European Research Council (ERC), hat sich das Angebot der nationalen Förderprogramme erweitert. Der Europäische Forschungsrat ist verankert im 7. Europäischen Forschungsrahmenprogramm (2007 bis 2013). Und der ERC ist ein Novum: Er ist die erste europäische Institution, die Grundlagenforschung themenoffen, wettbewerblich und rein wissenschaftsgeleitet fördert. Dem Europäischen Forschungskommissar und der Bundesregierung gebühren dafür hohe Anerkennung und großer Dank!

Darüber hinaus arbeitet die Europäische Kommission daran, die Mobilitätshindernisse, die durch nationale Regelungen und Gesetze bestehen, abzubauen. Auf diese Weise agiert die Kommission an den Stellen, an denen eine zentrale Steuerung notwendig ist. Die Mitgliedstaaten wiederum koordinieren die produktive Vielfalt der Forschungslandschaften. So ist die DFG mit ihren langjährigen Erfahrungen im nationalen und internationalen Fördergeschäft auch gefragter Ansprechpartner in Brüssel. Die DFG unterstützt in Zusammenarbeit mit ihren Partnerorganisationen die bi- und multilateralen Kooperationen in Europa, erprobt gemeinsame Ausschreibungen, Förderinstrumente und Begutachtungsverfahren. Gemeinsam mit dem österreichischen Fonds zur Förderung der

wissenschaftlichen Förderung FWF und dem schweizerischen Nationalfonds SNF ist die DFG Pionier bei der Entwicklung neuer Förderverfahren, die Grenzen überwinden.

Das jüngste Beispiel ist das im Mai dieses Jahres unterzeichnete „Lead Agency“-Verfahren zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz. Diese Länder teilen sich Begutachtungen bi- oder multilateral auf. Eine der Organisationen übernimmt für einen Antrag die Rolle der begutachtenden Institution, ist also in diesem Fall „Lead Agency“ und bezieht dabei

auch Gutachterinnen und Gutachter der Partnerorganisation mit ein.

Die Partnerorganisation genehmigt das Projekt auf der Grundlage des Votums der Lead Agency. Bezahlt wird die Forschung getrennt nach den nationalen Landesanteilen. Dies ist mit Österreich und der Schweiz grenz-

übergreifend möglich, weil wir bereits sehr ähnliche Begutachungskriterien haben. Aber könnte dies nicht im Prinzip auch ein Modell für ganz Europa sein? Daran arbeiten wir in Zukunft.

Wozu all diese Bemühungen? Mehr Kooperationen und erhöhte Mobilität sind die direkten Vorteile, aber wir haben ein Ziel, das noch wichtiger ist: Wir möchten den europäischen Mehrwert auch für die Qualität der Forschungsförderung erreichen. Mithilfe eines Wettbewerbs von „best practice“-Beispielen können besonders bewährte Verfahren und Standards schließlich auf europäischer Ebene etabliert werden. Mit einem solchen europäischen Referenzsystem, so lautet die Vision, könnten wir die Kriterien der einzelnen nationalen Forschungsfördersysteme noch übertreffen.

An dieser Aufgabe arbeiten die EUROHORCs, die 41 European Heads of Research Councils aus 23 Ländern, und die European Science Foundation (ESF) mit ihren 77 Mitgliedsorganisationen schon seit Anfang der 1990-er Jahre. Dabei agieren sie gemeinsam. Die EUROHORCs entwickeln Strategien, die ESF übernimmt operative Aufgaben.

Das „Lead Agency-Verfahren“ steht für eine neue Qualität in der grenzüberschreitenden Forschungsförderung

Ein Beispiel dafür ist die EURAMOS-Studie. Diese untersucht neue Ansätze zur Behandlung eines spezifischen Knochenkrebses bei Kindern und Jugendlichen, sogenannte Osteosarkome. Hierbei handelt es sich um eine relativ seltene Erkrankung. Erst durch den weltweiten Zusammenschluss von Studienzentren sind ausreichend große Patientenzahlen – in diesem Fall 1260 – zusammengekommen. Nur so konnten statistisch signifikante Aussagen getroffen werden.

Die Studie wird unter Federführung deutscher Wissenschaftler im Rahmen eines EUROCORE-Programms der ESF unterstützt, und neben Zentren in elf europäischen Ländern sind auch viele nordamerikanische und australische Zentren involviert. Inzwischen hat diese 2005 begonnene Studie ihr selbst gestecktes Rekrutierungsziel bereits übertroffen und schon ersten Einfluss auf die Therapiestandards der seltenen Osteosarkome genommen.

Schön wäre es, wenn solche grenzüberschreitenden Projekte ganz unkompliziert und unbürokratisch von der EU-Kommission unterstützt werden könnten. Ich denke da an einen „Networking Overhead“, wie ich es nennen möchte, von etwa 20 Prozent auf die direkten Projektmittel. Dies würde andere, schwerfällige Kooperationsinstrumente überflüssig machen. In ihrem engen Verbund von EUROHORCs und ESF führen die nationalen Förder- und Forschungsorganisationen auch den Dialog mit der Politik.

Ich bin Comissioner Potočnik sehr dankbar, dass er ein offener und konstruktiver Partner ist. So diskutieren wir etwa über die Vorschläge des Greenpapers „The European Research Area – New Perspectives“. Darin hat sich die Kommission, ich bin darauf bereits eingegangen, auf zentral steuernde Maßnahmen konzentriert, die sie für notwendig erachtet, um die sogenannte Fragmentierung der Förderlandschaften in Europa zu beenden. Aber ist Vielfalt per se ein Problem? Aus Sicht der nationalen Organisationen – aber auch aus Sicht der nati-

onalen Regierungen und der Kommission – ist Vielfalt zunächst eine europäische Stärke. Sie motiviert zum Wettbewerb. Wie sagte der Bankier Rothschild: „Nicht ständiger Kampf ist das Kennzeichen des gesunden Wettbewerbs, sondern Vielfalt.“

Sicherlich kann es auch eine negative Seite geben. Unterschiedliche Kulturen der Forschungsförderung verhindern teilweise die Mobilität oder die grenzüberschreitende Kooperation von Forscherinnen und Forschern. Eine solche Fragmentierung muss – nach Ansicht der EUROHORCs und der ESF – überwunden werden. Das kann allerdings nur in einem produktiven Zusammenspiel von dezentralen, nationalen Maßnahmen und der zentralen Unterstützung der Europäischen Kommission geschehen.

Soll dieser Wettbewerb zwischen Förderansätzen fruchtbar sein, muss zuvor ein gemeinsamer Rahmen mit wissenschaftsgeleiteten Förderkriterien geschaffen werden. Dafür spricht sich die DFG, gemeinsam mit den EUROHORCs und der ESF, aus. In einer „Road Map to Excellence in Science“ wird konkret dargelegt, wie ein solcher Europäischer Forschungsraum gemeinsam aufgebaut werden kann. Die Road Map skizziert in ihrem ersten Teil ein Wunschbild. Ein global wettbewerbsfähiger Europäischer Forschungsraum erfordere unter anderem:

- An effective European research policy, capitalising on cultural, geographic and scientific diversity
- A stimulating education system
- A single European labour market for researchers
- Adequate funding for top quality curiosity driven research
- Excellent research institutions
- World-class research infrastructures
- Effective and trusted bridges between science, society and the private sector

Das klingt ideal, vielleicht auch idealistisch. Aber ich denke, es lohnt sich, dieses Idealbild

Eine produktive Zusammenarbeit kann auf gemeinsamen und wissenschaftsgeleiteten Förderkriterien aufbauen

zu denken, es zu entwickeln und daran zu arbeiten! Und natürlich enthält diese Vision auch Elemente, die zum Teil außerhalb der Handlungsmöglichkeiten der Wissenschaftsorganisationen liegen. Und diese Elemente müssen von der Politik beigetragen werden, wenn die European Research Area auch nur annähernd Wirklichkeit werden soll.

In der Road Map sind die aktuellsten Überlegungen vor allem zum „Joint Programming“, noch nicht ganz berücksichtigt. Lassen Sie es mich sehr kurz erläutern: Unter diesem Stichwort sollen nationale Förderungen zu transnationalen, gesellschaftlich herausfordernden Themen, wie etwa Altern, Klimawandel oder Energie, auf europäischer Ebene koordiniert werden.

Ich könnte mir das gut vorstellen. Wenn ich mir das vorstelle, dann muss aus meiner Sicht überlegt werden, ob die Koordination dabei nicht jeweils themenbezogen in die kompetente Hand einer der nationalen Organisationen gelegt werden sollte. Die können das. Denn die nationalen Organisationen sind mit ihren Expertinnen und Experten viel näher am täglichen Forschungsfördergeschäft und haben den engen Kontakt zu den Hauptpersonen: den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Und die Beteiligung der Kommission würde vor allem bei einer deutlichen Ko-Finanzierung einen großen Mehrwert bedeuten.

Über bi- und multilaterale Kooperationen weist der ERC noch hinaus. Daher hat die DFG den ERC von Beginn an sehr unterstützt. Und sie hat sich dafür stark gemacht, dass der ERC wissenschaftliche und qualitätsgeleitete Förderkriterien übernimmt. Nun sind auch die Ausschreibungen des ERC themenoffen – das ist ein Novum auf europäischer Ebene.

In ihrem Verhältnis zum ERC setzt die DFG auf die positive Dynamik, die sich aus der zielgerichteten Vielfalt von Förderangeboten entwickelt. Sie setzt auf Subsidiarität, Komplementarität, Kooperation und Wettbewerb. Die DFG wird den ERC auch in Zukunft partner-

schaftlich begleiten – in seinem Förderhandeln und in seiner institutionellen Entwicklung.

Wir unterstützen und beraten deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die ERC-Grants einwerben. Gemeinsam mit dem EU-Büro des BMBF haben wir daher die nationale Kontaktstelle für den ERC in unserer Bonner Geschäftsstelle eingerichtet. Denn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit einem ERC-Grant sind ein Gewinn für die deutsche Forschung. Sie machen den deutschen Forschungsstandort nicht nur attraktiver, sondern auch sichtbarer im globalen Wettbewerb um die „besten Köpfe“.

Gedanken machen wir uns auch um die Weiterentwicklung des ERC als Institution. Wird er seine Ziele der organisatorischen Unabhängigkeit erreichen können? Wird der Scientific Council in der zukünftigen Governance-Struktur das Primat der Wissenschaft garantieren können? Wird es gelingen, hoch kompetentes, wissenschaftsnahes Personal für die ERC-Agentur zu gewinnen? Wird es zur Vereinfachung der Administration der ERC-Forschungsförderung kommen? Wird man auf den sehr aufwendigen „Grant Agreement Process“ verzichten können?

Werden die EU-Kommission und das Europäische Parlament mutig genug sein, die Grenzen ihres bisherigen Handelns in der Europäischen Projektförderung zu überwinden? Die Motivation dazu hat Bundesministerin Schavan bei der Auftaktveranstaltung des ERC im vergangenen Jahr hier in Berlin genannt: „Politik gewinnt ihrerseits Souveränität, indem sie der Wissenschaft vertraut.“

„Grenzen überwinden“, das heißt natürlich auch, die Grenzen des Kontinents hinter sich zu lassen und sich über Europa hinaus weltweit mit Partnerorganisationen zu vernetzen. Wir tun dies mit aktiven Kooperationsvereinbarungen mit über 90 Partnern in der Welt, mit Verbindungswissenschaftlern vor Ort und unseren Büros an den Hot Spots der internationalen Forschung. So werden wir bald nicht nur in

Die Politik muss tragfähige Bedingungen schaffen, um die European Research Area auszugestalten

den USA, China, Russland und Indien, sondern auch in Japan vertreten sein und zur besonderen Vernetzung unserer Wissenschaftssysteme beitragen.

„Grenzen überwinden“, das ist nicht nur geografisch gemeint. Auch in unserem nationalen Wissenschaftssystem gibt es noch zu viele Barrieren. Damit meine ich nicht beispielsweise das Embryonenschutzgesetz, wie dies jüngst in einem Zeitungskommentar behauptet wurde. Dem Embryonenschutzgesetz sieht sich die DFG zutiefst und beständig nicht nur rechtlich verpflichtet. Ich kenne niemanden in der DFG, der dessen Aufweichung oder gar Abschaffung möchte.

Damit meine ich beispielsweise schon eher die Einschränkung der Forschungsfreiheit bei notwendigen und genehmigten Tierversuchen durch gut gemeinten, aber schlecht begründeten Tierschutz. Hier ist die DFG hellwach und wird sich auch bei neuen Versuchen, die Forschungsfreiheit unzulässig einzuschränken, zu Wort melden.

Was ich aber eigentlich meine, ist die Barriere der fehlenden Gleichstellung in der Wissenschaft, die ganz besonders töricht, ja eine Schande ist. Immer noch, so belegt die Statistik, sind Frauen in der Wissenschaft unterrepräsentiert – und zwar im Verhältnis zum Stand ihrer Ausbildung: Ein Studium beginnen im Schnitt aller Fächer zur Hälfte Frauen, und sie haben im Allgemeinen die besseren Abschlüsse.

Aber wenn wir uns etwa die Zahlen aus dem Jahr 2006 anschauen, dann sind unter den Promovierten nur 40 Prozent Frauen – in vielen Fächern sogar deutlich weniger. Nach der Promotion geht die Schere noch weiter auseinander: Der Anteil der Frauen an den Habilitierten lag bei knapp über 20 Prozent. Die Zahl für 2007 ist nur sehr leicht angestiegen. Und immer noch sind nur circa 10 Prozent der Professuren auf dem höchsten Besoldungsstand C4 und W3 von Wissenschaftlerinnen besetzt.

Auch die DFG beobachtet immer wieder, dass hervorragende Wissenschaftlerinnen bei Beru-

fungslisten, der Besetzung von Kommissionen, bei Forschungsprojekten oder bei der Nominierung von Preisen bewusst oder unbewusst übersehen oder einfach vergessen werden. Die Diagnose ist deutlich und vielen von uns auch schon vertraut: Hier haben wir uns nicht nur mit einer großen Ungerechtigkeit arrangiert, wir verschwenden auch intellektuelle Ressourcen – und das kann sich der Forschungsstandort Deutschland nicht leisten.

Aber – lautet ein häufiger Einwand: Viele Frauen entschieden sich doch bewusst dafür, ihre Karriere zugunsten von Kindern und Familie abubrechen. Ja, viele Wissenschaftlerinnen tun das. „Hausfrau im Kopf“ betitelt kürzlich die „ZEIT“ einen Artikel zum Thema Gleichstellung. Aber wer redet denn den jungen Frauen ein, „Rabenmütter“ zu sein, wenn sie sich für Kar-

riere und Kind entscheiden wollen? Von „Rabenvätern“ spricht bezeichnenderweise kaum jemand – doch ist nicht gerade für uns Väter die Vereinbarkeit von Karriere und Familie ein großes Problem? Und typisch scheint mir auch, dass es für „Rabemütter“ kaum eine Entsprechung in anderen Sprachen gibt – ein deutsches Phänomen.

In diesem deutschen Phänomen sehen junge Wissenschaftlerinnen, was sie auf dem Weg zur Habilitation erwartet: Eine Reihe unsicherer und schlecht bezahlter Projektstellen mit einer hohen zeitlichen Beanspruchung. Diese münden dann in unklarer Perspektive auf eine Professur. Wenn sich junge Frauen gleichzeitig für eine Familie entscheiden wollen, ist gerade die wissenschaftliche Karriere aufgrund dieser Unsicherheiten nicht attraktiv.

Was können Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Förderorganisationen tun, um qualifizierte Frauen in der Wissenschaft zu halten? Wenn wir das Potenzial an Absolventinnen und Doktorandinnen fördern und nutzen wollen, dann müssen wir gezielt und strukturell vorgehen. Wir sollten den vielen Analysen und starken Worten schlicht Taten folgen lassen.

Die fehlende Gleichstellung ist eine Barriere in unserem Wissenschaftssystem, die besonders töricht ist

Heute Vormittag haben die Mitglieder der DFG ihre Verantwortung wahrgenommen und Tatkraft gezeigt. Sie haben „Forschungsorientierte Gleichstellungsstandards“ als Selbstverpflichtung verabschiedet. Dies ist – und das möchte ich sehr gern betonen – ein Meilenstein.

Der nächste Schritt ist es, sich mit diesen Standards vertraut zu machen und damit, wie sie sich zügig umsetzen lassen. Diese Gleichstellungsstandards wurden von einer Expertenkommission erarbeitet, in die das DFG-Präsidium hochkarätige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, vornehmlich aus Hochschulleitungen, berufen hatte. Ich möchte allen Mitgliedern der Expertenkommission und allen, die in der DFG-Geschäftsstelle deren Arbeit unterstützt haben, herzlich danken! Stellvertretend danke ich Susanne Baer von der Humboldt-Universität Berlin und Ferdi Schüth, unserem DFG-Vizepräsidenten, für die Leitung der Kommission, Dieter Lenzen, unserem Gastgeber, als sehr aktivem Mitglied, sowie Doris Brennecke-Schröder, Ulrike Eickhoff und Susanne Knoop aus der Geschäftsstelle.

Gleichstellungsstandards als Selbstverpflichtung sind neu in der Geschichte der Wissenschaft in Deutschland. Im internationalen Vergleich dagegen gehören solche Standards schon länger zu den Kriterien nachhaltiger Entwicklung der Forschungspotenziale. Der Leitgedanke der heute verabschiedeten Gleichstellungsstandards ist es, durchgängig, transparent, wettbewerbsfähig, zukunftsorientiert und kompetent für Gleichstellung Sorge zu tragen. Es geht sowohl um strukturelle als auch um personelle Maßnahmen. Und es wird ein Instrumentenkasten von bewährten Beispielen und Anregungen aus der Praxis aufgebaut und bereitgestellt, um die Umsetzung zu unterstützen.

Der Kern aber ist das Kaskadenmodell. Dahinter steht folgendes Prinzip: Jede Einrichtung setzt sich eigene Ziele für die Erhöhung des Frauenanteils auf einer bestimmten Qua-

lifikationsstufe. Diese Ziele ergeben sich aus dem Anteil an Frauen auf der direkt darunter liegenden Qualifikationsstufe. Damit legen unsere Mitglieder selbst fest, wie und in welchem Zeitraum sie ihren Anteil an Doktorandinnen, Postdotorandinnen und Professorinnen fach- und strukturspezifisch erhöhen wollen.

Die Gleichstellungsstandards sehen darüber hinaus beispielsweise vor, dass die Ressourcen innerhalb der Hochschulen stärker unter Gleichstellungsaspekten verteilt werden. Auch sollten herausragende Wissenschaftlerinnen bei

den Nominierungen für Preise ebenso berücksichtigt werden wie ihre männlichen Kollegen – gerade hier haben wir gesehen, dass wohl häufig noch ein zweites Mal überlegt und nachgefragt werden muss. Und insgesamt haben alle Hochschulen und Forschungseinrich-

tungen die Chance, ihre Personalentwicklung sowie die Angebote für Frauen und Männer mit Kindern weiter zu verbessern. Dafür bieten sich zum Beispiel Maßnahmen wie Wiedereinstiegsstipendien nach Familienpausen an.

Häufig wurde ich in den letzten Wochen danach gefragt, welche Relevanz die Erfüllung der Gleichstellungsstandards zukünftig für die Bewilligung von DFG-Anträgen hat. Schon seit geraumer Zeit wird in den Koordinierten Verfahren, wie den Sonderforschungsbereichen und Graduiertenkollegs, bei der Begutachtung nach Gleichstellungskonzepten gefragt und diese bei der Entscheidung berücksichtigt.

Aber: Ein wissenschaftlich exzellenter SFB ist bislang nicht daran gescheitert, dass Wissenschaftlerinnen nicht oder unzureichend beteiligt waren. Doch wenn zwei Anträge mit gleicher Qualität ihrer Forschung im Wettbewerb stehen, kann die Repräsentanz von qualifizierten Wissenschaftlerinnen den Ausschlag geben.

Nun wird weiterhin Gleichstellung bei der Bewilligung von Anträgen, bei denen Institutionen, wie etwa Hochschulen, Antragsteller sind, eines der Entscheidungskriterien sein. Die

Forschungsorientierte Gleichstellungsstandards sind ein Novum in der Geschichte der deutschen Wissenschaft

Gleichstellungsstandards werden das künftig vereinfachen. Denn wenn deren Erfüllung dokumentiert ist, muss darüber in der einzelnen Begutachtung und in der Entscheidung nicht mehr diskutiert werden. Aber lassen Sie mich schließlich auch deutlich sagen: Die DFG ist nicht auf dem Weg zu einem Gleichstellungs-TÜV! Entscheidend wird sein, welchen Beitrag die DFG-Mitglieder zur Gleichstellung selbst leisten wollen und können.

Es waren nicht zuletzt die ausländischen Gutachter in der Exzellenzinitiative, die uns im internationalen Vergleich unsere Gleichstellungsdefizite aufgezeigt haben. Sie haben uns bei der Entwicklung von Gleichstellungsstandards bestärkt.

Nun möchte ich heute nicht über die Exzellenzinitiative und deren Weiterentwicklung reden. Dazu werden der Wissenschaftsrat und die DFG, werden Herr Strohschneider und ich am Freitag der kommenden Woche der Öffentlichkeit ein kurzes Eckpunktepapier vorlegen, das insbesondere unseren Partnern in der Wissenschaftspolitik hilfreich sein soll.

Es greift auf, was wir in vielen Gesprächen der letzten Monate mit Hochschulleitungen und der HRK, mit den Sprechern der Exzellenzeinrichtungen sowie mit vielen anderen Wissen-

schaftlern und Akteuren aufgenommen haben. Diese vielen Stimmen waren, wie ich meine, sehr konvergent und ließen sich deshalb gut zu dem Eckpunktepapier verdichten.

Was ich heute nur sagen möchte: Aus meiner Sicht ist die Fortsetzung und Weiterentwicklung der Exzellenzinitiative zwingend geboten. Sie, der Pakt für Forschung und Innovation, die Einführung der Programmpauschale und der Hochschulpakt, sind die großen Veränderungstreiber für unser Wissenschaftssystem.

Die Entwicklung und Gestaltung des Europäischen Forschungsraumes und die „Forschungsorientierten Gleichstellungsstandards“ zeigen deutlich: Nicht allein, dass es sich lohnt, gesteckte Grenzen zu erkennen und zu überwinden. Es ist für die Wissenschaft und für die Wissenschaftspolitik unerlässlich, solche Grenzen immer wieder zu hinterfragen.

Für das Überwinden von Grenzen brauchen wir Ziele und Visionen, aber auch Karten und Fahrpläne. Lassen Sie uns diese Ziele und Fahrpläne gemeinsam entwickeln und diskutieren, aber dann auch umsetzen. Dafür steht die Deutsche Forschungsgemeinschaft als Selbstorganisation und Gemeinschaft der Forschenden.

Welchen Beitrag wollen und können die DFG-Mitgliedseinrichtungen zur Gleichstellung in der Wissenschaft leisten?

forschung

Das Magazin der Deutschen Forschungsgemeinschaft

3/2008